

An die Stadtvertretung Kappeln

Kappeln, den 01.09.2016

Sehr geehrte Frau Bürgervorsteherin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Schülerinnen und Schülern der Stadt Kappeln die Gelegenheit geben, sich die Kommunalpolitik in Kappeln genauer anzusehen. Daher möchten wir Jugendliche in Kappeln an den Ausschusssitzungen beteiligen.

Unsere Kommunalpolitik setzt sich aus zahlreichen, zum Teil sehr spannenden Themen zusammen, die für alle Einwohner Kappelns unmittelbare Bedeutung haben können. Ein erheblicher Teil dieser Themen hat sogar einen direkten Bezug zu Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt.

Schülerinnen und Schüler sollen daher herzlich eingeladen werden, an unseren Sitzungen teilzunehmen. Die Jugendlichen sollten nach Möglichkeit dabei feststellen können, dass sie angehört werden und ihre Belange bei der Entscheidungsfindung der städtischen Ausschüsse berücksichtigt werden.

Um eine Beteiligung der Jugendlichen in die Wege zu leiten, möchten wir zunächst die Fachleitungen Wirtschaft/Politik der drei weiterführenden Schulen in Kappeln einladen, mit Schülerinnen und Schülern oder ganzen Schulklassen an den Ausschusssitzungen teilzunehmen. Wir würden auch gerne einzelne Ausschusssitzungen in den Schulen stattfinden lassen. Darüber haben Jugendliche das Recht, in den Ausschusssitzungen selbst zu Wort zu kommen. Die Gemeindeordnung Schleswig-Holstein sieht eine aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen jedenfalls vor:

§ 47 f Gemeindeordnung SH: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

(1) Die Gemeinde muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu muss die Gemeinde über die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner nach den §§ 16 a bis 16 f hinaus geeignete Verfahren entwickeln.

(2) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, muss die Gemeinde in geeigneter Weise darlegen, wie sie diese Interessen berücksichtigt und die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat.

Die Ausschussvorsitzenden werden gebeten, sich an der Einladung zu beteiligen und den Jugendlichen im Rahmen der Sitzungen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv einzubringen.

Eine Beteiligung von Jugendlichen an der Stadtvertretung muss sehr niedrigschwellig sein, um den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich kommunalpolitisch zu interessieren, ohne sich in irgendeiner Form festlegen zu müssen. Daher sollte eine vorherige Anmeldung oder eine Verpflichtung zu wiederkehrenden Terminen möglichst vermieden werden.

Um den Anschein von parteipolitischer Akquise zu vermeiden, legen wir Wert darauf, dass die Initiative durch die Stadt selbst durchgeführt wird und nicht von einer einzelnen Partei. Es sollte jeder Hinweis auf eine einzelne Fraktion, also auch auf die der CDU, auf jeden Fall vermieden werden.

Kosten für die Stadt sind außer geringsten Verwaltungskosten mit dieser Initiative nicht verbunden.

Wir beantragen daher zu beschließen:

Die folgenden Fachleitungen werden eingeladen, mit einzelnen Schülerinnen oder Schülern oder ganzen Klassen an den Ausschusssitzungen der Stadt Kappeln teilzunehmen. Eingeladen werden:

1. die Fachleitung Wirtschaft/Politik an der Klaus-Harms-Schule Wirtschaft/Politik,
2. die Fachleitung Wirtschaft/Politik an der Gemeinschaftsschule an der Schlei,
3. das BBZ Kappeln, z.Hd. Herr Schürch.

Die Schulen werden gebeten, die Einladung auch an einzelne Schülerinnen und Schüler sowie interessierte Kollegen weiterzuleiten.

Wir bitten um Nachricht, falls der Wunsch besteht, einzelne Ausschusssitzungen in den jeweiligen Schulen durchzuführen. Die Fachleitungen sollen über die Termine der Ausschusssitzungen für das Jahr 2016 informiert werden.

Interessierte Lehrer oder Jugendliche werden gebeten, sich mit Fragen, insbesondere zu den Tagesordnungspunkten, an die Ausschussvorsitzenden zu wenden.

Sollte sich zeigen, dass Schülerinnen oder Schüler ein besonderes Interesse an unserer Kommunalpolitik zeigen, könnte man daran denken, eine dauerhafte Beteiligung von Jugendlichen an der Entscheidungsfindung der Stadtvertretung institutionell einzurichten, ähnlich wie es mit dem Seniorenbeirat bereits erfolgt ist.

Marta Kraft



Corinna Graunke



Wiebke Christiansen-Hansen

